

## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 31 vom 01.02.2012

### Verantwortung beim Kampf gegen explodierte Grenzriminalität liegt bei letzter linker Landesregierung

#### **Björn Lakenmacher: Mit jedem Brandenburger Polizisten weniger wird Sicherheit abgebaut!**

Björn Lakenmacher, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, sagt:

„Ich teile ausdrücklich die Auffassung von Bundesinnenminister Friedrich, wonach der Bund nicht für den verantwortungslosen Personalabbau in der Polizei Brandenburg verantwortlich gemacht werden kann.

Für Einbrüche und Diebstähle entlang der Oder und der Neiße ist die Landespolizei Brandenburg eindeutig per Gesetz zuständig. Die letzte linke Landesregierung ist in der Pflicht, die Polizei personell abgemessen aufzustellen, so dass den Kriminellen wirksam begegnet werden kann und die Bürger vor ihnen geschützt werden. Innenminister Woidke kann nicht von den hausgemachten Problemen ablenken, indem er mit dem Finger auf den Bund zeigt.

Wir fordern die letzte linke Landesregierung auf, endlich ihre Hausaufgaben zu machen und die Polizeiabbaureform zu stoppen. Andere Bundesländer, wie zum Beispiel Berlin, machen gerade vor, wie eine Umkehr aussieht und mehr Stellen bei der Polizei geschaffen werden können.

Wir brauchen in Brandenburg einen mit dem Bund synchronisierten Einsatz gegen die Grenzriminalität. Mit ihrem Symbol-Termin in der polnischen Botschaft ohne jegliche Beteiligung und Einbeziehung des Bundes unternimmt die letzte linke Landesregierung letztlich aber eine kleinteilige, separate Sicherheitspolitik. Die Bemühungen des Bundes werden damit durch Brandenburg unterlaufen. Die letzte linke Landesregierung muss umdenken und die Arbeit von Bundesinnenminister Friedrich unterstützen.“

